Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Pressemitteilung
Kiel, 24.03.2018

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Weil gemeinsam alles geht - Lars Bethge zu: Medizinische und pflegerische Versorgung verbessern

SSW Landesparteitag: Lars Bethge - Die Kommunalpolitischen Leitlinien des SSW zur Kommunalwahl

Es gilt das gesprochene Wort.

Husum, den 24.03.2018

Die medizinische und pflegerische Versorgung verbessern

Teilhabe von Behinderten verbessern

Kære venner,

Kein Bereich unseres Landes merkt den demografischen Wandel heute schon so stark wir der ländliche Raum. Es gibt immer noch Dörfer die

SSW IM LANDTAG

wachsen, aber an vielen Orten nimmt die Bevölkerung zum Teil dramatisch ab. Die Jungen wandern ab, die Älteren bleiben da. Wir haben die Verantwortung, dafür zu sorgen, dass sie auf dem Land weiterhin ein gutes Leben haben können.

Und in keinem anderen Bereich wird das so deutlich, wie bei der Versorgung der Bevölkerung – mit Einkaufsmöglichkeiten, mit Bankdienstleistungen auch auch mit medizinischer Versorgung. Und da müssen wir feststellen: Mit marktwirtschaftlichen Mitteln allein, werden wir dem ländlichen Raum nicht gerecht. Und auch die alte Verteilung der Ärzte durch die Ärzte funktioniert heute längst nicht mehr. Deshalb muss die Politik Verantwortung übernehmen.

Dass das geht, dass auch Kommunen in der Gesundheitsversorgung mitspielen können, zeigt die kommunale Praxis mit angestellten Ärzten in St. Peter Ording. Und wir sagen: Wir wollen mehr davon! Wir wollen, dass die Kommunen auch finanziell so weit wie möglich Verantwortung übernehmen für die wohnortnahe Arztversorgung vor Ort. Und wir wollen, dass die Kreise und Städte, die kommunale Krankenhäuser betreiben, sie in öffentlicher Trägerschaft erhalten und sie durch Investitionen zukunftsfest machen, damit wir eine gute Versorgung in der Fläche haben und nicht wieder neue unsägliche Privatisierungsdiskussionen erleben.

Und eines muss ich dazu auch klar sagen: Unsere Lösung kann auch nicht allein die Digitalisierung sein. Einkäufe, Banküberweisungen oder bestimmte ärztliche Leistungen werden schon sehr bald über das Internet laufen. Machen wir uns da nichts vor. Und insbesondere für Regionen wie die Inseln birgt das auch große Chancen. Aber das darf nicht dazu führen, dass die persönlichen Dienstleistungen eingespart werden. Computer können niemals warme Hände und den persönlichen Kontakt ersetzen.

Das gilt erst recht in der Pflege. Der Fachkräftemangel wird auch die Pflege erreichen, und deshalb können wir uns auch schlicht nicht leisten, dass Pflegekräfte so behandelt werden, wie heute. Davon mal ganz abgesehen, dass es hier auch um Menschenwürde für die Pflegebedürftigen geht.

Pflege ist neben der Betreuung und Bildung von Kindern und Jugendlichen eine der wichtigsten sozialen Aufgaben. Den ebenso wie die Chancengleichheit für die Kinder wollen wir, dass auch ältere Menschen die Chance, ja die Garantie, auf einen Lebensabend in Würde haben und das Kranke die beste Behandlung erfahren.

Deshalb wollen wir bessere Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte. Wir wollen, dass Pflegeeinrichtungen unabhängig kontrolliert werden. Und wir wollen, dass Menschen mit Demenz endlich eine Pflege bekommen, die ihrem Krankheitsbild angemessen ist und ihnen ein würdiges Leben ermöglicht. Wie das geht, zeigen unter anderem die Niederlande und Dänemark mit ihren Demenzeinrichtungen. Und, liebe Freunde, wie wollen, dass Menschen, die unheilbar krank sind und sterbend sind, durch Palliativversorgung und Hospizplätze eine würdevolle, selbstbestimmte letzte Zeit haben können.

Kære venner,

in unseren Kommunen werden auch die Lebensbedingungen für Menschen geprägt, die durch die eine oder andere Behinderung nicht ganz so einfach am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Und es ist die Verantwortung der Kommunen dafür Sorge zu tragen, dass diese Menschen dadurch so weit wie überhaupt möglich keine Nachteile haben. Sie müssen Barrieren abbauen, und wenn das nicht geht, müssen sie den Menschen über die Barrieren hinweghelfen. Was es dafür braucht, dass wissen wir längst. Das gibt auch die UNO-Behindertenrechtskonvention vor. Aber wenn es um die Umsetzung im Alltag geht, dann braucht es Menschen, die im Alltag in allen Bereichen fragen, was vor Ort getan werden kann. Und der SSW, das versprechen wir, wird das tun!

SSW IM LANDTAG